

Instrumente

«Das Wissen um den Nutzen der Biodiversität ist noch viel zu wenig etabliert»

Ein Gespräch mit Prof. em. Dr. Jürg Stöcklin, Biologe und Politiker in Basel, und Prof. Dr. Peter Knoepfel von der Rechts- und Kriminalwissenschaftlichen Fakultät der Universität Lausanne über alte und neue Instrumente zum Schutz der Biodiversität.

HOTSPOT: Politik wird oft definiert als «Kampf um das bessere Argument». Die Wissenschaft hat klar gezeigt, dass wir durch unseren momentanen Umgang mit Biodiversität unsere Lebensgrundlage bedrohen. Und wir wissen, was zu tun wäre, um sie zu erhalten. Wieso passiert auf politischer Ebene dennoch viel zu wenig für die Erhaltung und Förderung der Biodiversität?

Peter Knoepfel: Der Begriff Biodiversität ist kein geeigneter Begriff für politische Debatten. Er suggeriert Diversität, doch viele Menschen sehnen sich nach Homogenität, nach etwas Überschaubar und Berechenbarem. Biodiversität dagegen zerfällt quasi in unzählige Einzelaspekte, die sich auf zahlreiche Politikbereiche verteilen. Der Begriff ist deshalb schwer zu fassen.

Jürg Stöcklin: Biodiversität ist ein Begriff, der in der Politik relativ neu ist. Dass Politik «ein Kampf um das bessere Argument» ist, halte ich übrigens für eine sehr idealistische Betrachtungsweise. In der Politik geht es hauptsächlich um Interessen. Doch Biodiversität hat keine Lobby. Es gibt keine Biodiversitätspolitiker und auch keine Biodiversitätspolitik. Das erklärt ihren geringen allgemeinen Stellenwert in den politischen Debatten.

Wie liesse sich dieser Stellenwert erhöhen?

Stöcklin: Biodiversität steht zwar in keinem Politikbereich im Zentrum, sie spielt aber überall eine Rolle. Das Wissen um den Nutzen der Biodiversität für Gesellschaft, Menschen, Bauern, Wirtschaft und so weiter ist aber noch viel zu wenig etabliert. Da muss die Wissenschaft noch einiges leisten und glaubwürdige Grundlagen liefern. Als Politiker muss mir klar sein, wieso es sinnvoll ist, Biodiversität in meine Entscheidungen einzubeziehen und welchen Nutzen das für die Allgemeinheit hat. Dabei ist in der Poli-

tik eine utilitaristische Sichtweise in der Regel wichtiger als eine Wertediskussion. Werte spielen beim einzelnen Politiker sicher eine Rolle. Bei den politischen Debatten hingegen geht es meist um Interessen und Interessenausgleich.

Das Forum Biodiversität kommuniziert seit Jahren die ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung der Biodiversität. Wo versickern denn diese Informationen?

Stöcklin: Das ist eine zu pessimistische Beurteilung. Vor 15 Jahren hat noch niemand von Biodiversität gesprochen, dies ist heute anders. Es gibt Erfolge, aber natürlich müssen wir unsere Anstrengungen intensivieren. Ein Beispiel: Ich bin im Bankrat der Basler Kantonalbank. Ich verteile dort jeweils den HOTSPOT, aber Banker nehmen immer noch mit Verwunderung zur Kenntnis, worum es da geht. Wenn man dagegen Naturschutz sagt, wissen alle, um was es geht, weil es ihn schon viel länger gibt. Leider wird Naturschutz mit Einschränkungen und Regulierung gleichgesetzt. Dass der Nationalpark Adula abgelehnt wurde, zeigt meiner Meinung nach, dass die Befürworter nicht imstande waren zu zeigen, welchen Mehrwert dieser Park für die Bevölkerung gebracht hätte.

Knoepfel: Die Frage des Nutzens ist bei der Biodiversität tatsächlich sehr schwer zu beantworten, weil in einer eigentums- und besitzorientierten Welt Güter und Dienstleistungen, die niemandem zu gehören scheinen, keine Fürsprecher in der Politik haben. Die Biodiversität muss deshalb mit Eigentum in Verbindung gebracht werden. Das «Gute» am Eigentums-konzept: Wenn man einen Nutzen von etwas hat, hat man auch den Schaden. Die Eigentümer werden sagen: Ich möchte den Schaden nicht tragen. Leider ist der Eigentumsbegriff bei der Linken negativ behaftet. Über Eigentum Natur zu retten, wie das Pro Natura in grossem Umfang macht, gilt als Sakrileg. Andere Länder sind da im Vorteil: Dort ist Eigentum oft ein Gut mit stärkerer Sozialbindung.

Stöcklin: Die Eigentumsschiene in Zusammenhang mit Biodiversität finde ich schwierig zu beschreiten. Man muss Biodiversität vermehrt als Ressource begreifen, genauso wie Wasser oder Boden.

Müsste man hierzu die Instrumente der Naturschutzpolitik anpassen?

Stöcklin: Mit dem Instrument «Schutzgebiet» kommt der Naturschutz heute ganz klar an seine Grenzen. Das Naturschutzgebiet wird als Einschränkung erlebt. Wer heute versucht, neue Naturschutzgebiete auszuweisen, mo-



Peter Knoepfel

bilisiert sämtliche potenziellen Stakeholder, die nur einen Gesichtspunkt in die Diskussion einbringen: Inwiefern könnten ihre Nutzungsinteressen eingeschränkt werden. Man mobilisiert zuerst einmal nur Widerstände! Zudem gibt es zwar viele Naturschutzgebiete, aber sie nutzen der Biodiversität nicht immer im erhofften Masse, weil viele zu klein und zu fragmentiert sind. Wenn wir Biodiversität erhalten wollen, dann geht es um ein Anliegen, das auf der gesamten Fläche wirken muss. Wir müssen das Instrument Schutzgebiet ergänzen, indem wir aufzeigen, dass Biodiversität eine wichtige Ressource ist, auf die wir heute und in der Zukunft angewiesen sind.

Knoepfel: Dazu müssen wir die Nutzungsrechte an der Ressource Biodiversität oder dem Erbgut definieren und die Nutzungsakteure bzw. -ansprüche identifizieren, koordinieren und gegebenenfalls regulieren. In vielen Fällen muss man eine Umverteilung vornehmen. In einem solchen institutionellen Ressourcenregime geht es plötzlich nicht mehr um Zerstörung, sondern um Nutzung. Sobald ein Nutzer findet, dass es zu wenig von der Ressource gibt, muss man von einer Verknappung sprechen. Dieser Konflikt muss dann politisch thematisiert werden. Es gilt, Überlegungen zur Erhaltung des Grundkapitals beziehungsweise der Erneuerbarkeit der Ressource zu machen. Natur als Ressource zu bezeichnen ist allerdings schwierig, weil wir ja nicht wissen, wer die Ressourcennutzer genau sind. Erst die Kenntnis dieser Nutzer ist die Garantie dafür, dass die Ressource wertgeschätzt und im Interesse dieser Nutzer erhalten bleibt. Mit der Debatte um die genetischen Ressourcen im Rahmen des Nagoya-Protokolls ist ein Anfang gemacht, doch herrscht meines Erachtens ein grosser sozialwissenschaftlicher Forschungsbedarf.

die gleichen Nutzer, die gegensätzliche Interessen haben. Man kann für Zweitwohnungen sein, aber die Touristen kommen nur, wenn nicht alles zugebaut ist, weil diese eine vielfältige Landschaft und blumenreiche Wiesen und Weiden attraktiv finden.

Knoepfel: Beim Tourismus ist ein Paradigmenwechsel im Gang, der von grosser Bedeutung ist. Dies ist das Resultat der Bemühungen, die die ökonomische Bedeutung der Landschaft in Wert setzen. Die Inwertsetzung muss dabei nicht nur ökonomisch gesehen werden, sondern beinhaltet auch spirituelle, soziale oder religiöse Werte.

Der Naturschutz kommt ursprünglich aus einer eher rechts-konservativen Ecke; heute ist er im links-grünen Spektrum angesiedelt. Wieso diese Polarisierung?

Knoepfel: Der traditionelle Naturschutz hat sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts tatsächlich aus dem bürgerlich-konservativen Heimatgedanken entwickelt. Die später einsetzende Umweltpolitik war dann ein regulatorischer Klassiker. Erste systematische regulatorische Politiken sind in den 1960er-Jahren mit Ge- und Verboten aufgenommen, um das Marktversagen im Umweltbereich aufzufangen. Kein Freisinniger war damals gegen Ge- und Verbote. Der aufkommende Neo-Liberalismus hat sich dann aber immer stärker gegen jegliche Regulierungen gewehrt. Das hat das Links-Rechts-Schema zementiert. Regulative Politiken stehen heute in Misskredit. Alles soll über marktwirtschaftliche Anreize gelöst werden. Dabei hat noch nie jemand bewiesen, dass diese besser sind als die klassischen Ge- und Verbote. Würde man stärker auf die Eigentumsfrage eingehen, die eigentlich bei den Rechten sakrosankt ist, könnten wir eine Brücke bauen. Denn Eigentum verpflichtet. Dazu brauchen wir aber eine Verräumlichung der Biodiversitätspolitik bzw. eine Verlagerung in Richtung Raumplanung.

Was meinen Sie mit «Verräumlichung»?

Knoepfel: Der Bauer, der den Boden mit der artenreichen Wiese besitzt, wäre damit verpflichtet, die Biodiversität zu erhalten. Liberale bis rechte Kreise könnten mit diesem neuen Blickwinkel gewonnen werden. Die Spektren würden sich verschieben. Grundsätzlich sollten wir wieder vermehrt über die Vorteile von Ge- und Verboten diskutieren. Heute werden Bauern nicht etwa bestraft, wenn sie Natur kaputt machen, sondern wir geben ihnen Geld, damit sie sich an die Gesetze halten. Das ist absurd.

Stöcklin: Der Schutz der Biodiversität ist auch

deshalb so viel schwieriger als der Schutz von Wasser, Boden und Luft, weil es keine oder nur selten technische Lösungen für den Verlust der Biodiversität gibt. Allein mit der traditionellen Naturschutzpolitik werden wir die Biodiversität nicht erhalten können. Man muss den Menschen immer wieder erklären, um was es bei der Biodiversität geht und wieso sie für die Wirtschaft und die Gesellschaft relevant ist. Hier sind die Forschung und die Vermittlung des schon vorhandenen Wissens gefragt.

Politik und Verwaltung wirken heute sehr zögerlich bei Entscheidungen im Bereich Biodiversität. Wieso ist das so?

Stöcklin: Es gibt ganz generell einen starken Bürokratisierungstrend in der Politik. Das hat damit zu tun, dass oft das Augenmass bei der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen verloren gegangen ist. Ich glaube, Politik ist heute weniger fehlerfreundlich. Man versucht alles zu fixieren und zu regeln. Vor allem die Verwaltung hat zuviel Angst vor Fehlern. Das führt dazu, dass vieles bürokratischer und rigider wird. Dies wiederum erzeugt Widerstände, was es für die Biodiversität nicht einfacher macht.

Knoepfel: Ich finde auch, dass wir wieder mehr lokale Handlungsspielräume benötigen. Nur so können wir lokalen und regionalen Verhältnissen gerecht werden. Angst herrscht auch vor der SVP. Manche wagen gar nicht mehr zu denken angesichts der permanenten Drohgebärden dieser Partei.

Vieles deutet darauf hin, dass der Naturschutz auf politischer Ebene laufend abgeschwächt wird. Wie schätzen Sie die aktuellen Entwicklungen ein?

Knoepfel: Ich glaube, dass man das alles längerfristig anschauen muss. Geben wir uns mehr Zeit. Vieles wurde in die Wege geleitet. Auch wenn das jetzige Parlament vielleicht vier Jahre lang auf die Bremse steht.

Wen muss man mehr sensibilisieren: Politik oder Gesellschaft?

Knoepfel: Die Politik ist vielfach nicht der richtige Adressat. Zentral ist die Zivilgesellschaft im subkantonalen Bereich. Meines Erachtens fixiert man sich zu sehr auf DIE Politik. Wir brauchen Vorzeigemodelle, wo man zeigen kann, dass etwas funktioniert und die lokale Bevölkerung zufrieden ist.

Stöcklin: Wir müssen beide sensibilisieren. Forschende sollten zwischendurch lieber einen Artikel in einer Fachzeitschrift weniger schreiben und dafür ihr Wissen in Zeitungsartikeln und Vorträgen weitergeben.



Jürg Stöcklin, Fotos Daniela Pauli

Stöcklin: Ich finde diesen Ansatz sehr interessant. Für Naturwissenschaftler wie mich ist Biodiversität viel fassbarer als für einen Geisteswissenschaftler. Vielleicht ist das ein Handlungsfeld, das vom Forum Biodiversität und der Wissenschaft noch zu wenig bearbeitet wurde.

Knoepfel: Interessant ist auch die Frage, welcher Akteur ein Interesse daran hat, dass die Biodiversität gering ist und dass Monokulturen existieren. Wenn wir dies wissen, haben wir in der politischen Arena ein Gegenüber, mit dem man eine Debatte eröffnen kann.

Stöcklin: Im Tourismus kann man die Gegensätze sehr schön aufzeigen, und häufig sind es

Interview: Dr. Daniela Pauli und Dr. Gregor Klaus, Redaktion HOTSPOT